Nr. 476. 39. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Montag, 19. September 1910

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Das Danaidenfaß.

Der Gutsherr von Hohenfinow findet auch in diesem Jahre nicht die Muße, die Rebhühnerjagd mit ungemischtem Behagen zu genießen. Immer kommt irgend eine unangenehme Störung dazwischen. Erst mußte Herr v. Bethmann Hollweg sich den Kopf über eine möglichst harmlose Interpretation der Königsberger Gottesgnadenrede zerbrechen, dann hatte er den Verdacht zurückzuweisen, als hätte er überhaupt eine Wahlparole, und nicht minder warf die Fleischteuerung ihre Schatten auf die Hohenfinower Hühnerjagd. Aber selbst wenn sich diese Schwierigkeiten mit einigen kräftigen Schlagworten wie „bösartige Verdrehungen", „Aberglaube" und „vorübergehende Erschöpfung" abtun ließen, so bleibt doch immer noch die Frage übrig, in welcher Weise nun eigentlich das Geld für die neuen Bedürfnisse des Reiches beschafft werden soll.

Daß die kommenden militärischen Mehrforderungen nicht gering sein werden, das weiß natürlich Herr v. Bethmann Hollweg besser als irgend ein anderer Staatsbürger. Er hat ja auch schon den Weg für diese Mehrforderungen zu bereiten gesucht, indem er es als seine „Hauptaufgabe" bezeichnete, das „zum militärischen Schutze Nötige" zu sichern. Die Frage, was dieser militärische Schutz künftig mehr kosten soll als bisher, ist allerdings noch nicht endgültig beantwortet, da man wohl annehmen darf, daß die neue Heeresnovelle sich keineswegs in den offiziösen Angaben erschöpfen wird, die wir am Sonnabend mitgeteilt haben. Aller Voraussicht nach wird die Ausfüllung der „Lücken" in unserer militärischen Rüstung ein sehr erhebliches Stück Geld verschlingen. Und der heutige Besuch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg in Berlin gilt offensichtlich dem Zweck, nach Mitteln und Wegen für die Beschaffung der für die neue Militärvorlage nötigen Mittel zu suchen. Man mag eben in der Welt sehr viel mit unverbindlichen Erklärungen und Versprechungen erreichen. Aber eine leere Kasse läßt sich damit nicht füllen. Und besonders, wenn es sich um ein Faß ohne Boden handelt, wie bei den Reichsfinanzen, dann bleibt nichts anderes übrig, als immer wieder nachzuschütten. Wenn nicht alles trügt, dann wird Herr v. Bethmann Hollweg heute mit den preußischen Ministern und den Staatssekretären über das Problem nachgrübeln, wie man das Reichsdanaidenfaß endlich füllen kann, ohne ihm einen Boden einzusetzen.

Wie lange sollen eigentlich noch die Reichsfinanzen lauiert und reformiert werden? Im Jahre 1906 hat sich Herr v. Stengel im Schweiße seines Angesichts bemüht, eine Viertelmilliarde zusammenzubringen. Es gelang ihm, äußerlich angesehen, auch ganz leidlich. Aber schon ein Jahr später stellte sich heraus, daß seine neuen indirekten Steuern nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeuteten. Er ging und Herr Sydow kam. Und Herr Sydow wollte sich nicht mit Kleinigkeiten begnügen, sondern forderte zu der Stengelschen Viertelmilliarde noch eine halbe Milliarde hinzu. Er hat sie auch, dank der bereitwilligen Unterstützung der Schwarzen und Blauen, wenn auch in der ausschließlichen Form der indirekten Steuern bekommen. Aber leider nur auf dem Papier. Ob die neuen Steuern des vorigen Jahres, wenn sie dem Voranschlage entsprochen hätten, ausgereicht haben würden, das lassen wir dahingestellt. Höchstwahrscheinlich würde auch eine weitere halbe Milliarde neuer Reichseinnahmen unter dem heutigen Kurs nicht genügt haben. Aber wie sich erwarten ließ, und wie von liberaler Seite immer wieder vorausgesagt wurde, kam die halbe Milliarde überhaupt nicht heraus. Der Konsum verminderte sich oder wich den neuen Steuern aus. Die Sozialdemokratie erklärte gegen den mit der agrarischen Liebesgabe bepackten Schnaps den Boykott, der Bierkonsum ging zurück, der Kaffeekonsum wurde eingeschränkt, die Fahrgäste auf den Eisenbahnen setzten sich zur Wehr, indem sie in die niedrigeren Klassen abwanderten, die Hausfrauen sparten bei den Streichhölzern, der Scheckverkehr hörte auf, kurzum überall suchte das Publikum dem Fiskus ein Schnippchen zu schlagen, wenn auch auf Kosten seiner eigenen Bequemlichkeit und seiner herkömmlichen Gewohnheiten.

Wie viel die neuen Steuern schließlich bringen werden, das läßt sich heute noch nicht sagen. Vielleicht wachsen ihre Erträge noch im Laufe der Jahre. Dieser Tage ist von offiziöser Seite mit einiger Entrüstung die Behauptung zurückgewiesen worden, daß die Reichsfinanzreform des vorigen Jahres „versagt" habe. Von einem Ausfall von zweihundert Millionen könne keine Rede sein. Die Differenz zwischen der Ertragsschätzung und dem Etatsansatz von 1910 betrage nur hundert und zwanzig Millionen. Nur! Auch hundert und zwanzig Millionen sind, wie uns dünkt, ein hübsches Stümmchen, zumal wenn man nicht weiß, ob diese Erträge auch nur in der angesetzten Höhe einkommen werden, und wenn es mehr als fraglich erscheint, ob die „kleine Steigerung" des Ertrages, auf die man im Reichsschatzamt rechnet, jemals bis zu der ursprünglichen Ertragsschätzung anwachsen wird.

Vorläufig darf als das Ergebnis des Streites um die neuen Steuern angesehen werden, daß sie nicht einmal ausreichen würden, um nur die laufenden Reichsausgaben zu decken, daß sie aber völlig unzureichend sind, um die kommenden Mehrforderungen für die Ausfüllung der militärischen „Lücken" zu befriedigen. Das Fiasko der vorjährigen Reichsfinanzreform ist da, und es wird schwerlich auch nur im nächsten Winter noch verhüllt werden können. „Wir fürchten, daß schon in der kommenden Session sich der hinkende Bote in Gestalt von neuen Steuern einstellen wird," so schreiben wir vor einigen Tagen. In der Tat, wenn Herr v. Bethmann und der Reichsschatzsekretär Wermuth nicht wieder zur früheren Pumpwirtschaft zurückkehren wollen, dann müssen sie abermals neue Steuern fordern. Auch die Finanzkonferenzen, die heute begonnen und Herrn v. Bethmann Hollweg aus seiner ländlichen Ruhe aufgescheucht haben, werden schwerlich einen Ausweg aus diesem Dilemma zeigen.

In den Blättern des blauschwarzen Blocks hat man es hingestellt, als machte es den liberalen Parteien ein besonderes Vergnügen, zu den indirekten Lasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, auch noch direkte Reichssteuern zu fügen. Davon kann nicht die Rede sein. Wohl aber liegen die Dinge so, daß der blauschwarze Block und die ihm unterläufige Regierung mit dem Anziehen der indirekten Steuerschraube am Ende ihres Latein angekommen sind. Eine kommende Finanzreform, sie möge von liberaler oder von reaktionärer Seite gemacht werden, kann nur an die Vorschläge anknüpfen, die zur Durchführung direkter Reichssteuern gemacht worden sind, und sie wird naturgemäß in erster Linie auf die erweiterte Reichserbschaftssteuer zurückgreifen müssen.

In welcher Weise diese Forderung sich durchführen läßt, das ist nicht die Sache des Liberalismus. Die Liberalen brauchen sich wirklich nicht den Kopf des Herrn v. Bethmann Hollweg zerbrechen; möge er selbst zusehen, wie ihm die Suppe bekommt, die er sich eingebrockt hat.

Selbst wenn es indessen Herrn v. Bethmann Hollweg gelingen sollte, den blauschwarzen Block für direkte Reichssteuern zu gewinnen, so wäre auch damit noch nicht viel gewonnen. Das Reichsdanaidenfaß wird auch die allerneuesten Steuern, die hineingeschüttet werden, verschlucken, ohne voll zu werden. Die finanzielle Kalamität des Reiches ist ja überhaupt nur der sinnfällige Ausdruck einer schlechten Politik, die sich ausschließlich auf Kanonen, Schiffe und Millionenheere stützt. So sind wir zu einem Wettlauf um die stärkste Rüstung gekommen, bei dem zuletzt das größte Portemonnaie entscheidet. Es kann nicht wunder nehmen, daß dabei nicht bloß dem Herrn von Hohenfinow, sondern auch dem deutschen Volk allmählich der Atem ausgeht.

## Die angebliche türkisch-rumänische Militärkonvention.

Während die meisten englischen Blätter den aus französischer Quelle stammenden Nachrichten über den Abschluß einer Militärkonvention zwischen der Türkei und Rumänien Glauben schenken, tritt ihnen heute ein konservatives Londoner Blatt mit einem positiven Dementi entgegen. Wie uns aus London gedrahtet wird, bezeichnet ein Telegramm der „Morning Post" aus Konstantinopel die Meldung von einem türkisch-rumänischen Militärabkommen als reine Erfindung. Ob diese Mitteilung des Blattes, das während Lord Lansdownes Staatssekretärschaft die besten Beziehungen zu Downing Street unterhielt, die Informationen offizieller englischer Stellen wiedergibt, muß dahingestellt bleiben.

An der Berliner zuständigen Stelle sieht man sich weder zu einem Dementi noch zu einer Bestätigung der Aufsehen erregenden Nachricht veranlaßt. Man erklärt uns dort, daß hier über ein solches Abkommen nichts bekannt ist. Wenn alle die Kombinationen, die in der ausländischen Presse an die Meldung geknüpft wurden, auch nur halbwegs logisch begründet sind, dann sollte man freilich meinen, man müßte in Berlin auch von dem Abkommen wissen, falls es existiert.

Aus Bukarest geht der „Köln. Ztg.", wie uns ein Privat-Telegramm meldet, eine sehr diplomatisch abgefaßte Erklärung zu. Darin wird von „hervorragender gut unterrichteter Seite" die „Matin"-Meldung über den Abschluß eines türkisch-rumänischen Militärabkommens, dessen Spitze gegen Bulgarien gerichtet sei, als durchaus unwahr bezeichnet, wenn auch eine freundlichere Gestaltung der Beziehungen zur Türkei von rumänischer Seite angestrebt werde, um den allgemeinen Interessen und der Erhaltung des Friedens am Balkan zu dienen. Die rumänische Regierung denke keineswegs daran, die hergebrachte Politik freundschaftlicher loyaler Beziehungen zu allen Nachbarstaaten durch irgendwelche Abmachungen aggressiver Natur aufzugeben.

Skeptisch verhält man sich nach einem Privat-Telegramm unseres WTB.-Korrespondenten gegenüber der großen Neuigkeit auch in Italien. Man hat dort die Empfindung, Italien solle gegen seine Verbündeten mißtrauisch gemacht werden. Der „Corriere della Sera" hält die Mitteilung von einem türkisch-rumänischen Abkommen für nicht festbegründet. Bezüglich Italiens meint das Blatt, Italien habe große Interessen im Orient; aber nicht geringere Interessen hätten Frankreich, selbst England und Rußland. Warum solle also Italien größere Sorgen wegen der Haltung der Türkei haben als die genannten drei anderen Mächte, vor allem als Frankreich? Das „Giornale

## Die Nonnen.

Von [Nachdruck verboten.]

**Martin Beradt.**

Bei Sanssouci, an der Allee nach Bornim, wenn alles still ist, mittags, hört man Kinder langweilig-müde hinter einer Mauer singen. Blickt man, auf die Fußspitzen erhoben, über den Rand der Mauer, die in der abgeschiedenen Königstadt die Kinder noch einmal abschließt, findet man eine paar Schwestern auf niedrigen Schemeln sitzen, in einer grauen Tracht, die einfach wie eine Entsagung ist, eine weiße schwebende Holländerhaube auf dem Kopfe. Vor ihnen sitzen in zwei Reihen gedrängt kleine Mädchen; eines nach dem andern von ihnen kommt nach vorn getrippelt, läßt sich sein Stück Handarbeit zurechtstutzen und zwischen die Finger legen, knickt dann blitzschnell in die Knie und setzt sich wieder in die Reihe, mit seinen kleinen Fingern an den großen Nadeln arbeitend, und der müde Singsang geht weiter gegen die Mauer.

Wenn man von fern ihres milden Gesichtes ansichtig wurde, läßt man den Schwestern beruhigt die Kinder, ihre Handarbeiten und den Gesang. Aber geht man weiter durch die Stadt: mitten in dem Gewühl der Brandenburger Straße, tauchen zwei andere Schwestern auf, mit harten Zügen, großen trockenen Augen, auf den Gesichtern trotz der milden Ueberdachung ihrer Hauben eine einzige, große Finsternis. Wenn diese Schwestern statt der anderen die Handarbeiten stutzten und die Kinder Lieder singen lehrten — —!

Und auf einmal spürt man deutlicher die Müdigkeit, mit der die Kinder sangen. Etwas von der Verzweiflung der Nonnen schien an ihnen zu hängen, wie wenn sie dumpf die Unnatürlichkeit der Ehelosen witterten. . . .

*

Während man durch die stillen Straßen wandert, wächst sich das Erlebnis weiter aus. Sind nur diese Schwestern, die ein geistliches Gebot behindert, von der Ehe ausgeschlossen und die anderen in keiner kirchlichen Eingemeindung stehenden Lehrerinnen in ihren geschlechtlichen Entschließungen frei?

Nein, sie dürfen allesamt nicht heiraten, haben lebenslänglich samt und sonders Hagestolzinnen zu bleiben, wenn sie nicht aus ihrem Amt gejagt werden wollen; mögen sie nun junge Damen sein, die mit zwanzig Jahren in die 10-O oder 10-M Klasse unter tausend Zuversichten abmarschieren, oder ältere, bereits jubilierende, die mit fünfzig grauhaarig in der Selektaklasse anlangen, ein wenig außer Atem von den dreißig Hott- und Hühjahren, von dem Aerger über die viertausend Schülerinnen, die sich an ihnen rieben, leicht asthmatisch, und an der Grenze der Geschlechtslosigkeit angelangt, etwas feindlich gegen die von ersten Ahnungen verwirrten Fünfzehnjährigen. . . .

Da man doch ein Mensch ist, der seinen Kopf zum Denken bekommen hat und nicht bloß zum Ankehren an schöne handgestickte Schlummerkissen, fragt man sich, warum das behördlich eingerichtet sei.

Weil die Damen sonst unverständig wählen würden, rät man zunächst. Darum hat das Kultusministerium das Eheverbot der Lehrerinnen eingesetzt. Nun, für die zwanzigjährigen jungen Damen mag das gelten; denn sie haben noch die Ideale im Kopf, und wir Männer sind nun einmal nicht so, wie sie sich das denken. Aber auch da würde der Minister, welcher doch ein Mann ist, der alles auf der Welt versteht, die geeigneten Männer für die jungen Damen aussuchen können, oder seine Frau könnte das vielleicht besorgen. Und bei den Fünfzigjährigen wird man falsche Ideale nicht mehr voraussetzen dürfen, so daß da nicht gut der Grund für die vorgeschriebene Geschlechtsentsagung liegen kann.

Dann denkt man, da das Eheverbot von einer Behörde ausgeht, muß der Grund doch wohl etwas widersinnig sein. Man denkt, der Grund wird der sein, daß diese Damen, die immerfort mit Kindern zu tun haben, Kindern, die sie versorgen, erziehen, groß und stark und zurecht für das Leben machen, wahrscheinlich ungeeignet sind, selbst Kinder zu bekommen. Denn so klug ist auch das Kultusministerium, um zu wissen, daß man, wenn man heiratet, auch Kinder bekommen kann, und nur ein Uebelgesinnter könnte glauben, daß sich das Ministerium dieser Einsicht verschlösse. Was sollen Lehrerinnen aber mit Kindern anfangen? Es würde ihnen gehen, sagt die Behörde, wie einem Gelehrten, der im Begriff, in der Philharmonie einen Vortrag über die Ausbildung der Zeffion bei den Scholastikern zu halten, neben dem für ihn bestimmten Glase Wasser ein Bündel vorfände, in dem ein neugeborenes Kindlein schriee. Sie würden ratlos sein wie er, denn unsere Schulbehörde bestreitet zwar die Unzulänglichkeit und Grausamkeit des Unterrichts auf unseren Schulen. Aber das tut sie nur nach außen.

Indessen ist man hierbei bereits gewungen, an die Ammen zu erinnern. Eine Amme ist, wenn man das so offen sagen darf, eine hilfreiche Frau, die außer dem Kinde, das sie selber hat, von ihrem Ueberfluß noch einem fremden gibt. Wenn das Kultusministerium das Ammenwesen zu regulieren hätte, so erließe es ohne Zweifel eine Verfügung, durch die den Frauen, die Ammen werden möchten, untersagt würde, Kinder zu bekommen. Mit diesem Bescheid käme es nur nicht sehr weit, denn die zahlreichen Beschwerden der Männer von jungen, zarten und wohlhabenden Frauen würden den durch die Verfügung eingetretenen Ammenmangel dem Minister sehr deutlich machen. Bei den Lehrerinnen aber haben Beschwerden in diesem Maß bisher gefehlt, und erst die in diesen Tagen gefaßten Beschlüsse der freien Vereinigung der Volksschullehrerinnen haben das besorgt, was die Männer jener verzärtelten Frauen bei der Verhinderung der Ammenkinder schon längst stürmisch unternommen hätten.

*

Der Herr Geheimrat, der die Stellung des Ministeriums zu rechtfertigen hat, kennt noch einen weiteren Grund, den er aber nur hüstelnd, die Hand vor dem Munde, vorträgt. Wenn diese Lehrerinnen, einmal verheiratet, nun Kinder bekommen . . . .? Frauen kommen doch — nein, das läßt sich gar nicht aussprechen, die Röte flammt dem Geheimrat bis an den grauen Rand der Schläfe — aber man kann schließlich ein Wort wie von „anderen Umständen" heraushören. Und welches Schauspiel! erklärt der Geheimrat mit vorgestreckten redenden Händen. Er wird sehr ernst: „Dieses Aergernis," preßt er hervor, und „dieser Eindruck auf die kleinen Mädchen!"

Nein, diese jungen Mädchen, die, wenn sie sich nicht von selbst aufklären, heute in der Schule ja gewaltsam aufgeklärt werden, würden nicht verwirrt werden, wenn sie dieses höchst natürliche Schauspiel des Heiratens und Kinderkriegens an ihren Lehrerinnen erlebten. Schließlich heiraten auch die Lehrer, und wir Jungen wußten immer schon im voraus, wann sie ein Kind bekamen, obwohl man ihnen es doch nicht ansehen konnte. Diese Lehrer haben in unseren Augen dadurch nie verloren. Denn diese von uns reichlich gehaßten Herren traten uns durch solche Tatsachen, was ihnen sonst nicht gelang, eher menschlich nahe. Einer meiner Lehrer, verlobt, ging sogar so weit, mir einmal ein Gedicht vorzulesen, das er seiner Braut gemacht hatte. Seitdem stehe ich zu diesem Mann, der mir bis dahin so fremd gewesen war, wie irgendeiner, in einem durch zehn Jahre bestehenden innerlichen, gemütlichen Verhältnis. Weder er noch ich sind daran zugrunde gegangen.

Außerdem brauchen ja den Schülerinnen durchaus nicht alle einzelnen Fortschritte im Kinderbekommen sichtbar gemacht zu werden. Wenn von da die Angst der Behörde herkommt — die Lehrerinnen werden gern bereit sein, sich eine gewisse Zeit von vierzig Kindern zu einem zu erwartenden zurückzuziehen. Und daß dadurch Ver-